



PRESSEMITTEILUNG

Nr.228/GP

20.08.2022

Holetschek setzt sich für verstärkte Unterstützung von Menschen mit psychischen Erkrankungen ein - Bayerns Gesundheitsminister: Im Freistaat gibt es bereits ein vielfältiges Versorgungsangebot auf sehr hohem Niveau

Bayerns Gesundheitsminister Klaus Holetschek setzt sich für eine verstärkte Unterstützung von Menschen mit psychischen Erkrankungen und deren Angehörigen ein. Holetschek betonte am Samstag in München: „Wir stehen bei diesem Thema vor großen Herausforderungen, die wir in Bayern intensiv angehen. Auch bei uns im Freistaat sind psychische Erkrankungen wie Depressionen oder Angststörungen längst zu Volkskrankheiten geworden. Zusätzliche Belastungen bringen die Corona-Pandemie, der russische Angriffskrieg gegen die Ukraine und die Herausforderungen durch den Klimawandel.“

Der Minister fügte hinzu: „Wir bauen deshalb die Unterstützung für Menschen mit psychischen Erkrankungen weiter aus. Das belegt auch unsere aktuelle Beantwortung einer Interpellation aus den Reihen des Landtags. Wichtig sind Strukturen, die den Menschen in den Mittelpunkt stellen und auch für das soziale Umfeld von psychisch Erkrankten passgenaue Unterstützung anbieten – und zwar niedrigschwellig, wohnortnah und frühzeitig. Genau darum kümmern wir uns.“

Holetschek forderte die Bundesregierung auf, dieses Thema nicht zu vernachlässigen, sondern vielmehr die Länder in ihren wertvollen Initiativen zu unterstützen. Er betonte: „Derzeit stehen zwar vor allem die Vorbereitungen auf den Corona-Herbst im Mittelpunkt. Doch wir müssen auch über den Tag hinaus denken und nachhaltige Strukturen aufbauen, um den vielfältigen Herausforderungen von psychischen Belastungen und Erkrankungen gerecht zu werden – für die Menschen, die davon betroffen sind, ebenso wie für unsere Gesellschaft in ihrer Gesamtheit.“

Der Minister pochte zudem darauf, dass der Bund die psychotherapeutische Bedarfsplanung endlich weiterentwickelt. Holetschek unterstrich: „Die Kinder- und Jugendlichenpsychotherapeuten müssen künftig in einer eigenen Arztgruppe geplant werden. Nur so können wir die Wartezeiten verkürzen. Denn gerade in der kinder- und jugendpsychiatrischen Versorgung ist die Lage in einigen Regionen angespannt.“

Der Minister ergänzte: „Die im April vom Gemeinsamen Bundesausschuss auch auf Initiative Bayerns beschlossene und nun vollzogene Absenkung der Verhältniszahl bei den Kindern- und Jugendlichenpsychiatern ist ein wichtiger Schritt.“



Holetschek erläuterte: „Bayern hat für Menschen mit psychischen Erkrankungen bereits seit langer Zeit ein vielfältiges Versorgungsangebot auf sehr hohem Niveau. Alleine in den letzten zehn Jahren wurden im ländlichen Raum 114 psychotherapeutische und 15 kinder- und jugendpsychiatrische Niederlassungen gefördert. Diese Förderungen wollen wir auch in Zukunft fortsetzen.“

Der Ausbau der voll- und teilstationären Angebote in der Erwachsenen- sowie in der Kinder- und Jugendpsychiatrie wurde in den letzten zehn Jahren konsequent vorangetrieben. Die vollstationären Kapazitäten wurden in diesem Zeitraum (01.01.2012 – 01.01.2022) um insgesamt 1.031 Betten, die teilstationären Kapazitäten um 693 Plätze erweitert. Zudem sind bereits weitere 322 Betten und 317 Plätze genehmigt, aber noch nicht baulich umgesetzt. In der psychosomatischen Versorgung wurden die Kapazitäten im selben Zeitraum um 964 Betten und 439 teilstationäre Plätze erhöht. Weitere bereits genehmigte 145 Betten und 86 Plätze werden noch in Betrieb gehen.

Holetschek ergänzte: „Grundsätzliche Voraussetzung für eine auch künftig starke psychiatrische, psychotherapeutische und psychosomatische Versorgung – gerade auch in Zeiten eines gravierenden Fachkräftemangels – ist eine zeitgemäße und bedarfsgerechte Personalbemessung. Ich fordere daher nochmals von der Bundesregierung, die Neufassung der Richtlinie zur Personalausstattung in Psychiatrie und Psychosomatik (PPP-RL) über eine Anpassung des gesetzlichen Auftrags an den Gemeinsamen Bundesausschuss voranzubringen.“

Der Freistaat baue zudem die Zahl der Masterstudienplätze für Psychotherapie an den Universitäten aus. Der Minister ergänzte: „Um die Versorgung auch in Zukunft sicherzustellen, müssen wir auch mehr Nachwuchs gewinnen. Der Ausbau der Studienplätze in Bayern ist dafür ein wichtiger Schritt.“ Insgesamt entstehen im Studienjahr 2023/24 bayernweit 360 Masterstudienplätze.

Holetschek unterstrich: „Wesentliche Aspekte der Interpellation zur psychischen Gesundheit wurden bereits im ersten bayerischen Psychiatriebericht aus dem Jahr 2021 behandelt, weil sie schon längst im Fokus der Staatsregierung stehen.“ Zu vielen Fragen der Interpellation konnte daher auf den ersten bayerischen Psychiatriebericht verwiesen werden.

Der Minister fügte hinzu: „Mit der im Bayerischen Psychisch-Kranken-Hilfe-Gesetz (BayPsychKHG) verankerten regelmäßigen Psychiatrieberichterstattung wurde ein tragfähiges Fundament geschaffen, um die Situation von Prävention und Versorgung psychischer Erkrankungen in Bayern verlässlich abzubilden und zukunftsgerichtet weiterentwickeln zu können.“ Im ersten bayerischen Psychiatriebericht werden unter anderem die Häufigkeit psychischer Störungen, ihre Ursachen und die Verteilung beispielsweise nach Alter und Geschlecht differenziert und umfassend dargestellt.



Holetschek ergänzte: „Der Staatsregierung ist es schon seit Jahren ein großes Anliegen, Menschen in psychischen Krisen frühzeitig zu helfen. Aber auch für ihre Familien und Freunde wollen wir Unterstützung anbieten. Für Betroffene und ihre Angehörigen ist eine rasche und kompetente Hilfe von unschätzbarem Wert.“

Der Minister ergänzte: „Die Staatsregierung unterstützt daher unter anderem die Bezirke nach Kräften bei Betrieb und Weiterentwicklung der Krisendienste und setzt sich auch mit Öffentlichkeitskampagnen aktiv dafür ein, psychische Erkrankungen weiter zu entstigmatisieren und aus der Tabuzone zu holen. Aktuell legen wir mit dem Magazin ‚MuckIMAG‘ den Fokus auf jüngere Kinder und ihre Familien und deren Belastungen im Zuge der Corona-Pandemie.“

Holetschek erläuterte: „Mit den rund um die Uhr erreichbaren Krisendiensten setzen wir im Freistaat ein wichtiges Zeichen – und Maßstäbe! Dieses Hilfsangebot ist einzigartig unter den Flächenländern in Deutschland.“

Der Minister trifft sich am Donnerstag nächster Woche in Nürnberg mit jungen Leuten, die sich ehrenamtlich beim Projekt Online-Suizidprävention des Caritasverbandes Nürnberg engagieren. Das Projekt wird vom Freistaat bereits seit 2016 bis einschließlich 2024 im Rahmen von Projektförderungen durch Anschubfinanzierungen mit insgesamt voraussichtlich bis zu 366.800 Euro unterstützt. Weiter wird für die Jahre 2022 bis 2024 vom Freistaat gemeinsam mit dem Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend eine Evaluationsstudie zur Wirksamkeit des Beratungsangebots finanziert.

Holetschek ergänzte: „Unsere Antwort auf die Interpellation belegt das erfolgreiche Wirken der Staatsregierung, die Rahmenbedingungen für eine rasche und wirksame Unterstützung von Menschen mit psychischem Hilfebedarf weiter zu verbessern. Wir setzen dabei auch für die Zukunft auf eine enge und fruchtbare Zusammenarbeit mit den Akteuren der psychiatrischen, psychotherapeutischen und psychosomatischen Versorgungslandschaft in Bayern.“

Der erste bayerische Psychiatriebericht enthält wie die Beantwortung der Interpellation zahlreiche Ausblicke, die aufzeigen, welche übergeordneten und langfristigen Ziele die Staatsregierung im Hinblick auf die Weiterentwicklung von Unterstützungsstrukturen verfolgt. Diese Strukturen stellen den Menschen in den Mittelpunkt und bieten für Betroffene und deren soziales Umfeld passgenaue Unterstützung – und zwar niedrigschwellig, wohnortnah und frühzeitig.

Den ersten bayerischen Psychiatriebericht finden Sie unter www.stmgp.bayern.de/vorsorge/psychische-gesundheit/.